

Der Aufruhr um die Aufklärung der rechtsradikalen Mordserie: Deutschland entdeckt ein neues Terrorproblem von rechts

Über zehn Jahre hinweg werden quer durch Deutschland bald ein Dutzend Menschen vorwiegend türkischer Herkunft ermordet, im „Klein-Istanbul“ von Köln wird ein Bombenanschlag verübt; 16 Kriminalämter des Hochsicherheitslandes Deutschland fahnden jahrelang mit Sokos unter passenden Namen wie „Bosporus“ erfolglos im Raster „Mafia – Drogen – Rotlicht“ des türkischen „Milieus“; für das Einschlagen des höheren Dienstweges der *Staatsschutzabteilung* mit Generalbundesanwalt, Antiterrorgesetzgebung, BKA usw. gibt es vorderhand keine Anhaltspunkte, und die paar Hinweise auf rechts-

lich gemachtes Bekennervideo heraus, dass es sich um ausdrücklich *politische* Morde einer rechtsradikalen Terrorgruppe handelt, die gezielt auf Ausländer Jagd gemacht hat.

*

Noch bevor überhaupt eine Kritik so richtig Luft holen kann, wird sie von höchst offizieller Stelle selbst verlautbart. Unter dem Tenor: ‚Wer hat da versagt?!‘ macht die Rede von „*unfassbaren und unglaublichen Fehlern*“, die den deutschen Behörden da unterlaufen seien, die Runde. Die Empörung über die Verbrechen wird gleich in die Ecke geschoben, in der wirkliche wie ideelle Verantwortungsträger nur darauf warten, sich an der konstruktiven Bewältigung der Angelegenheit zu bewähren: Welche Schuldigen haben da ihre Pflicht nicht getan?, fragen sie laut, *definieren* damit den eingetretenen Schadensfall und reservieren sich im selben Zug die Alleinzuständigkeit für seine Reparatur. Allenthalben konstatiert man „*unfassbares Versagen*“ der Sicherheitsbehörden, überall „*stellen sich Fragen*“. Angeleitet von der Kanzlerin, die eine „*Schande für Deutschland*“ ausruft, hebt in Politik und Öffentlichkeit wie auf Kommando eine große Runde „*Beschämung*“ und „*Mitleid mit den Opfern und ihren Angehörigen*“ an. Man entschuldigt sich bei den Opfern für das Unrecht, das ihnen angetan wurde, indem man in ihren eigenen Reihen nach den Tätern suchte, per Zusage von staatlichen Entschädigungsleistungen avancieren sie zu lebendigen Beweisstücken, dass Deutschland zu seiner staatsmoralischen Bringschuld des

„*Nie wieder!*“ steht. Der Bundespräsident höchstselbst lädt Opferangehörige zu einem Gespräch ganz diskret in sein Schloss ein, so dass es jeder Journalist mitbekommt. Ganz Deutschland zeigt sich „*betroffen*“ von den „*verabscheuungswürdigen Taten*“. Ganz Deutschland? Ja, diesmal springt sogar die CDU über ihren Schatten und fasst zum ersten Mal gemeinsam mit der Linken eine Entschließung aller Fraktionen im Bundestag, damit wirklich ein unübersehbares Signal an die Welt zustande kommt: „*Wir stehen für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein können und sich sicher fühlen – ein Land, in dem Freiheit und Respekt, Vielfalt und Weltoffenheit herrschen.*“

Offenbar ist man in den leitenden Eta-

Diskussionveranstaltungen

an der LMU München,
Geschwister-Scholl-Platz 1

bis Ende des Semesters
im Raum A 119

donnerstags um 19:30 Uhr

Thema: siehe
www.gegenargumente.de

radikale Taten werden von Polizei und Verfassungsschutz als eher unbedeutend verbucht. Und jetzt kommt durch den Fund einer Pistole in einem Wohnmobil zweier Täter in Eisenach, v.a. aber durch ein zeitgleich der Öffentlichkeit zugäng-

Kritik und Anregungen an:

gegenargumente@yahoo.de

gen der Republik der Meinung, dass die Mordserie im Lichte der neuen Erkenntnisse dem Ansehen der Nation schadet, nämlich so aussieht, als könnte oder wollte der staatliche Rechtsnachfolger des Dritten Reiches den „*braunen Terror*“ nicht so richtig bekämpfen. Gegen *den* Eindruck verwahrt sich der deutsche Staat mit seiner groß angelegten Selbstbezüglichungs- und Entschuldigungskampagne in einem:

Occupy Wallstreet:

Das Volk gegen die 1%-Übermacht der Wallstreet-Profiteure..... 4

Gute Presse für Protestpartei:

„Streng öffentlich“ – Piraten machen aus Parteienverdrossenheit Wählerstimmen.....6

Heute und eigentlich schon immer sind „wir“ alle prima Ausländer- und insbesondere Türkenfreunde, die mit ihrem Staat für die kompromisslose und eigentlich auch erfolgreiche Ausgrenzung und Bekämpfung des Rechtsradikalismus eintreten, lautet ungefähr die Botschaft, die jedem Einwand die Luft rauslässt, noch bevor er überhaupt laut geworden ist, und den unschlagbar guten Ruf der Nation unterstreicht.

*

Diese öffentlich zelebrierte Kombination von Zerknirschung und Solidarität mit Türken ist ein schlechter Witz. Zur Demonstration ihrer tiefen Betroffenheit unmittelbar nach dem Bekanntwerden des politischen Hintergrunds der Taten sehen sich die Verantwortlichen allein deswegen veranlasst, weil es ja nicht zuletzt sie selbst waren, die für die Verbreitung und Vertiefung der Gesinnung gesorgt haben, die im vorliegenden Fall ein praktisches Exempel statuiert hat. Dieselbe politische Klasse, die sich jetzt kollektiv einen Moment lang für den unentdeckten „braunen Terror“ in Grund und Boden schämt, hat seit Jahr und Tag ihr gutes „Volk der Anständigen“ mal mehr, mal weniger mit einer „Integrationsdebatte“ traktiert, deren vorläufiger Höhepunkt die Auseinandersetzung mit einem prominenten Kritiker aus den Kreisen der Bundesbank in Sachen Ausländer- und Migrationspolitik war. Dessen Thesen vom drohenden „Untergang Deutschlands“ wegen einer zu laschen Sozial- und Ausländerpolitik gegenüber türkisch-arabischen Obst- und Gemüsehändlern fanden ausgesprochen großen Zuspruch bei den Deutschen, und die Entgegnung der deutschen Politik auf Sarrazin stand diesem affirmativen Votum nicht nach: Durch die Bank *recht gegeben* wurde dem Mann bei dem „Problem“, das er zur Sprache brachte, zurückgewiesen wurde er nur in seinem Vorwurf, die Verantwortlichen verstünden sich auf dessen Lösung nicht gut. Im Zuge dieser schönen „Sarrazin-Debatte“ *verfestigte* sich so zum nationalen Konsens, dass es „Integrationsdefizite“ bei Türken und anderen nicht geben darf, ebenso wenig wie „Parallelgesellschaften“ wie das „Klein-Istanbul“ in Köln. „Multikulti ist tot!“ hieß die Parole, mit der die Regierung ihre Meinungsführerschaft in der Ausländerfrage behauptete – eine Klarstellung, dass es in Deutschland nicht zu dulden ist, wenn Leute auf Dauer hier leben wollen und „uns fremd bleiben“, sich in muslimischen Bastionen verschanzen, von denen aus sie Zug um Zug unsere Großstädte übernehmen – und „uns“ dabei auch noch „ausnützen“, indem sie sich als Verlierer der deutschen Marktwirtschaft im deutschen sozialen Netz breitmachen, obwohl das ihnen als Auslän-

dern gar nicht gehört. Und Innenminister Friedrich sah sich zu seinem Amtsantritt noch bemüßigt zu sagen, dass der Islam *nicht* zu Deutschland gehört: So hören sich die politischen Führer eines Deutschlands an, das für „*Verschiedenheit und Vielfalt*“ steht, wenn sie ihrem Volk mitteilen wollen, dass es mit seinem Bedürfnis nach einer „*nationalen Identität*“, vulgo seiner

Konrad Hecker

Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung

München 1996
354 Seiten A5 · €20,-
ISBN: 978-3-929211-02-3

GEGENSTANDPUNKT Verlag
Kirchenstr. 88, 81675 München
(089) 2721604
gegenstandpunkt@t-online.de
gegenstandpunkt.com

nationalistischen Gesinnung *vollkommen richtig* liegt. Nur weil sie selbst an vorderster Front die nationale Gesinnung ihrer Bürger in dieser Frage derart geschärft haben, überkommt die Verantwortungsträger für Deutschland schlagartig das Bedürfnis klarzustellen, dass das, was deutsche Ausländerhasser da getan haben, *gar nicht passt* zum Deutschland der Anständigen. Dass sich das ganz und gar nicht so von selbst versteht, wie sie es behaupten, davon gehen sie offenbar aus: Wer sich zum ausdrücklichen Dementi veranlasst sieht, deutsche Bürger könnten sich wegen ihres gesunden Patriotismus zu derartigen Schandtaten hinreißen lassen, hat ja selbst im Kopf, was er so vehement in Abrede stellt. (Eine ausführliche Kritik der Sarrazin-Debatte findet sich in GegenStandpunkt 4-10, ebenso der Nachweis, wie rechtsradikale Parolen und demokratische Politik zueinanderpassen)

*

Wenn der Boden politisch mal so bereitet ist, erwarten zahlreiche Angehörige des nationalen Kollektivs von ihren politischen Herren *Taten*, die dem Problem „Ausländer“ gerecht werden, und in der Hinsicht sehen sich viele deutsche Zeitgenossen dann vom demokratischen Staat bitter enttäuscht: Dessen Kosmopolitismus gegenüber der globalen Arbeitskraft, auf die die deutsche Wirtschaft grenzenlos zugreifen können soll, gibt immer viel zu wenig Privilegierung der Einheimischen her und viel zu wenig Härte gegenüber bestimmten Ausländern. Klar, meist bleibt

es bei dieser Enttäuschung aufrechter Deutscher und der Forderung nach einem härteren Umgang der Zuständigen mit unerwünschten Ausländern. In gar nicht so wenigen Fällen aber – das wird jetzt im Zuge der Aufbereitung der Affäre mal wieder ausführlich dokumentiert – arbeiten sich Deutsche zu einer entschiedeneren praktischen Kritik an demokratischen Politikern vor, die sie eher für Verräter denn Sachwalter der deutschen Nation halten: Sie werden selbst aktiv und arbeiten in zahlreichen Stadtteilen und Gemeinden zwischen Dortmund und Zwickau an „*ausländerfreien Zonen*“ mit. Ausländer und ihnen wohlgesonnene Deutsche werden angepöbelt, bedroht, terrorisiert, manchmal auch umgebracht, jedenfalls gibt es eine rechtsradikale Szene quer durch Deutschland, aus der sich stets genügend Nachschub für gewaltbereite und -tätige Faschisten findet, wie eben das jetzt ausgehobene Zwickauer Trio des NSU, das „*Taten statt Worte*“ nicht bloß sehen wollte, sondern sich entschlossen hat, in der Hinsicht *selbst* Hand anzulegen und den deutschen Volkskörper von ausländischen Elementen zu reinigen: „*Solange sich keine grundlegenden Änderungen in der Politik, Presse und Meinungsfreiheit vollziehen, werden die Aktivitäten fortgesetzt.*“ (Bekennervideo des NSU)

*

Wieso es das alles bleibend bis anwachsend in dieser ach so zivilen deutschen Gesellschaft gibt, interessiert üblicherweise niemanden groß. Ursachenforschung ist ein Fall für die hinteren Feuilleton-Seiten oder ein neues Heftchen der Bundeszentrale für politische Bildung, und das auch nur, wenn mal wieder etwas über das Maß des Üblichen hinausgeht wie jetzt. Und auch da besteht die Kritik von Seiten der Demokraten in einer *Ächtung* der Neonazis. Kopfschüttelnd und voller Unverständnis stehen sie vor ungehobelten, militanten Figuren, fragen sich, wie es solche Menschen mit so einem „*grenzenlosen Hass*“ überhaupt geben kann, und haben die dafür passende Antwort immer schon parat: Denen gehen alle unsere demokratisch guten und schönen Werte ab, Nazis sind undemokratisch, *inhuman*, *intolerant*, unsere *Feinde* eben, deren Entstehung man letztlich zu einem Gutteil irgendwie noch der DDR in die Schuhe schieben kann. Die theoretische Auseinandersetzung ist mit dieser Art moralischer Ausgrenzung perfekt erledigt, jeder Verdacht, zwischen dem demokratischen Konsens der anständigen Deutschen und den rechtsradikalen Parolen könnte vielleicht eine gewisse geistige Verwandtschaft bestehen, hat sich darüber erledigt. Weitergehende Aktivitäten bleiben der Zivilcourage und dem Engagement von Bürgerinitiativen überlassen.

Ansonsten begnügt sich die anständige Mehrheit der Nation mit dem praktischen Zynismus, diese „*fehlgeleiteten*“ Menschen den Sicherheitsorganen der staatlichen Gewalt überantwortet zu wissen. Die allerdings verfügt bei ihrer Aufsicht über diese Subjekte schon über ihre eigenen Gesichtspunkte. Der erste betrifft den Umgang mit der NPD, der Konkurrenz „*am rechten Rand*“ des Parteienspektrums, an der sich die etablierten Wahlvereine stören: Da kümmert sich der Verfassungsschutz darum, die Ächtung dieser Partei mit gerichtsverwertbarem Material zu unterfüttern, das für ein Verbot des Haufens hinreicht. Der zweite betrifft die „*rechte Szene*“, die sich teils offiziell, teils klandestin in Heimatschutz-, Wehr- und sonstigen Bündeln organisiert: Auch da achten die Behörden des Staatsschutzes darauf, wann, wo und mit welcher Vehemenz, womöglich auch mit welcher Militanz die Gesinnung deutscher Patrioten ihren Übergang hinlegt von der Liebe zum Vaterland zum Hass auf alle, die es schädigen. In dieser Wahrnehmung als *unter Aufsicht zu haltendes Ordnungsproblem* bereitete die rechtsradikale Szene bis gestern niemandem aus der Elite dieser Republik besonders große Sorgen: Im Großen und Ganzen war man damit zufrieden, die Kernszene auszuspionieren und zu unterwandern und so „unter Kontrolle“ zu haben. Wenn im vergangenen Jahrzehnt etwas für Aufregung sorgte, war es der Treppenwitz, dass die Regierung mit ihrer juristischen Waffe eines NPD-Verbotsantrag scheiterte, weil die gesamte Partei *so erfolgreich* von informellen Mitarbeitern der Staatssicherheit unterwandert ist: Die Verlautbarungen der NPD konnten einfach nicht mehr als gerichtsverwertbare Beweise für eine echte, nicht vom Verfassungsschutz selbst induzierte – und zu allem Überfluss auch noch finanzierte! – Verfassungsfeindschaft verwendet werden. Das sind Niederlagen!

*

Nach dem bekannt gewordenen Übergang zum organisierten Verbrechen nimmt sich die Rechtsextremismus-Frage für die Nation etwas anders aus. Auffallend oft werden im Lichte der aktuellen Enthüllungen die Opfer von rechtsextremistischer Gewalt zu der stolzen Zahl von 140 bis 200 zusammenaddiert; alle sind irgendwie äußerst „*beunruhigt*“ über den Zustand der Sicherheitsorgane, so dass sich nicht nur linkssektiererische Kritiker fragen, ob die deutschen Sicherheitsbehörden nicht „*auf dem rechten Auge blind*“ sind. Das öffentliche kollektive Erschrecken über diese Taten und das Eingeständnis der damit verbundenen „*unfassbaren Pannen*“ reicht damit über die staatsoffizielle Image-Kampagne hinaus: Die Politiker und Behördenleiter eines

Landes mit knapp drei Dutzend Kriminal- und Verfassungsschutzämtern inklusive dem entsprechenden Anspruch auf die unumschränkte Geltung ihres Gewaltmonopols bilanzieren die Tatsache, dass diese Mordserie nicht aufgeklärt werden konnte, als eine „*Niederlage der deutschen Sicherheitsbehörden*“ (Verfassungsschutzpräsident Fromm). In der gewalttätigen privaten Amtsanmaßung der Faschisten registrieren die Behördenleiter einen Angriff *auf ihren Staat selbst*, auf seine Art, Ausländerpolitik und überhaupt Staat zu machen, auch wenn die Opfer bloß Besitzer von Dönerbuden waren. Der Innenminister resümiert den Anlass des ganzen Aufruhrs mit der Bemerkung: „*Der Rechtsterrorismus ist ein neues Phänomen.*“

Neu ist freilich nicht das Phänomen. Bisher war es bloß so, dass die Staatsführung linksextremistische oder islamisti-

Freerk Huisken

Der demokratische Schoß
ist fruchtbar ...

Das Elend der Kritik
am (Neo-)Faschismus

VSA-Verlag

176 Seiten | Januar 2012

EUR 12,80 | sFr 19,90

ISBN 978-3-89965-484-4

sche Verbrechen auf der einen Seite und rechtsradikale Taten auf der anderen durchaus *unterschiedlich* auf sich bezogen hat. Buback oder Hans-Martin Schleyer sind definitiv andere Opfer als ein toter schwarzer Asylbewerber, und ein geplanter Bombenanschlag von Islamisten wird anders gewichtet als eine groß angelegte Schlägerei gegen Ausländer, selbst wenn bei der Menschen zu Tode kommen. Diese unterschiedliche Gewichtung resultiert aus einer in den jeweiligen Fällen anders akzentuierten Bewertung der Betroffenheit des Staates durch die Verbrechen, weshalb sich beim Umgang mit den Rechten in allen bürokratischen Stufen der Verbrechensbekämpfung die Frage bemerkbar macht, *ob* die Staatsführung die rechtsradikalen Taten als *Angriff auf sich* beurteilt und, wenn ja, *welches Gewicht* sie dem beilegt: Wer ermittelt? Mit welchem Fahndungsaufwand? Wer rückt alles in den Täter- und Sympathisantenkreis? Welche Mittel stellt der Staat zur Bekämpfung des „*Umfelds*“ zur Verfügung? Usw.

Jetzt ist die deutsche Politik mit einer

eindrucksvollen Serie politisch motivierter Gewalttaten konfrontiert, und der für die Staatssicherheit zuständige Minister macht sich daran, diese als ausgewachsenen Fall von Terrorismus zu definieren. Diese Neubewertung des deutschen Rechtsextremismus sagt als erstes einen neuen Umgang mit dem „*logistischen Umfeld*“ und dem ganzen „*Sumpf von Sympathisanten*“ an, denen Staaten, wenn sie Terrorismus identifizieren, etwas anders begegnen als – wie das hierzulande der Fall war – einem „*Milieu*“, das sich oft mit gerichtlicher Erlaubnis in Aufmärschen, Versammlungen oder gar als wählbare Partei betätigt. Und diese Aufwertung der rechten Feinde der Demokratie übersetzt sich zweitens in ein neues Anforderungsprofil, dem die Staatsschutzbehörden Genüge zu leisten haben: Auf Höhe mit der neu definierten Feindlage haben sie zu sein und zur wirksamen Bekämpfung des aufgewerteten Staatsfeinds effektiv Beitrag zu leisten. Das ist der Maßstab, an dem die einschlägigen Behörden ab sofort gemessen werden – und da entdeckt die ganze Republik rückblickend nichts als „*schlampige Ermittlung in Sachen Rechts*“ und eine unerklärliche Kette von „*Ver säumnissen*“. Aber natürlich blicken die Sicherheitspolitiker des Staates zusammen mit ihren konstruktiven Ratgebern der Öffentlichkeit auch zuversichtlich voraus: Die Mordserie ist *der* Anlass, die Ausweitung der Befugnisse und Mittel staatlicher Aufsichtsbehörden als unabweisbar darzulegen. Das Erste, was aus der Diagnose der „*unglaublichen Pannen*“ so sicher wie das Amen in der Kirche folgt, ist eine kreative Diskussion über die allfällige Einrichtung der bislang umstrittenen Vorratsdatenspeicherung, über eine Verbunddatei gegen Rechts, wie es sie für Links- und islamistischen Terrorismus schon gibt, über eine effektivere Kooperation der Verfassungsschutzbehörden, über die Einbeziehung des MAD, usw.

Eng verzahnt mit diesen „*Fragen*“, die im Zuge einer konstruktiven Bewältigung von Schlampereien beim Einhalten der Dienstwege und beim Umgang mit Dateien zur Bewältigung anstehen, wird allerdings auch ein interessanter Verdacht ventiliert: „*Konnte oder wollte der Verfassungsschutz nichts sehen?*“, lautet die Schlüsselfrage, die die obersten Verfassungsschützer, ihre politischen Dienstherren und die Öffentlichkeit im Zuge der Aufklärung über ihr Instrument selbst in Umlauf bringen. Haben die Beamten nicht nur Dateien „*zu früh gelöscht*“, sondern sie überhaupt nur deswegen gelöscht, weil sie ihren Auftrag nicht begriffen haben? Hätten sie dann, wenn sie ihn im Auge gehabt hätten, die „*Verbindungen*“, die sie nicht gesehen haben, nicht doch sehen können? Ist bei dieser Be-

hörde überhaupt Verlass auf ihre Definition des Schutzgutes, das sie im Namen führt – angesichts der „großen Nähe“ verbeamteter Staatsschützer zu den Rechtsradikalen und der vielen „Vernetzungen“ mit ihnen? Die obersten Staatsschützer bis zum Innenminister müssen sich eingestehen, dass viele ihrer V-Männer im rechtsradikalen Sumpf offenbar deutlich unzuverlässiger arbeiten als gegen einschlägige Staatsfeinde aus dem linken oder islamistischen Lager – manchmal neigt die private Gesinnung der Schnüffler eben dazu, den Staatsschutzauftrag ihres Amtes ein wenig im Sinne des politischen Standpunkts ihres Kontrollobjekts auszulegen. Gestört hat diese nicht nur in Thüringen verortete Kumpanei in den letzten Jahren niemanden groß, für das Kontrollinteresse und die dafür nötigen Informationen hat sie ja ausreichend funktioniert. Angesichts der neuen Lage-Definition aber wird es zum Problem, dass der Standpunkt: ‚die haben wir komplett unterwandert und perfekt unter Kontrolle!‘ ganz aus den Augen verloren hat, dass es da einen *gewaltbereiten Staatsfeind zu bekämpfen* gilt. Und für höchst kontraproduktiv wird befunden, dass mit dem vielen Geld, mit dem man von den V-Männern

Informationen eingekauft hat, eben nicht nur Informationen eingekauft, sondern auch die Objekte der Observation *tatkräftig gefördert* wurden.

Das umfängliche Feld der *Gesinnungsfreunde* der „Braunen Armee Fraktion“ wird gleichfalls zum Objekt einer neu definierten staatlichen Aufsichtspflicht. Dieser Sumpf beschränkt sich nämlich ersichtlich nicht auf die Anhängerschaft einer immer noch wählbaren Partei, die ganz legal Steuergelder als Wahlkampfunterstützung bezieht. Dieses „unerträgliche Ärgernis“ ließe sich zwar durch ein neu und erfolversprechender anzugehendes Parteienverbot eventuell aus der Welt schaffen. Aber zum Lager der Rechten gehören eben nicht nur enttäuschte CDU-Wähler, die nach dem Wegfall einer wählbaren Alternative von selbst wieder im Hafen der konservativen Volkspartei einlaufen würden, zähneknirschend vielleicht, aber doch so, wie es sich demokratisch gehört. Einigermaßen bestürzt nehmen die staatlichen Stellen davon Notiz, dass in den zahllosen rechtsradikalen Eltern-, Schul- oder Gemeindeinitiativen, Heimatschutzgruppen usw. nicht wenige unterwegs sind, die sich sehr gründlich der Demokratie zu entfremden und ihren

Zuspruch zu den im Staat etablierten Parteien überhaupt zu verweigern drohen. Sie bilden ein rechtes Sympathisantenumfeld, das ziemlich weit „in die Mitte unserer Gesellschaft“ reicht und, was ganz spezielle Besorgnis erregt, „insbesondere für junge Menschen große Anziehungskraft“ entfaltet. Im Osten der Republik sollen es örtlich bis zu 40 % der Jugendlichen sein, die weder mit den Werten der demokratischen Leitkultur noch mit den Parteien, die sie im Namen haben, etwas anfangen können – „Scheißdemokratie!“ heißt umgekehrt der Reim, den sie sich auf ihre Lebenslage gemacht haben. In Sachen politischer Loyalität droht dem Staat gleich ein Teil seiner jungen Generation zu entgleiten, und unter denen, die gesinnungsmäßig zu ihm schon auf Distanz gegangen sind, gibt es etliche, die es dabei nicht belassen und zur Tat schreiten, ihre private Gewalt gegen das Recht des Gewaltmonopolisten stellen: Da sehen sich Demokraten selbstverständlich in der Pflicht, für eine erfolgreiche Repatriierung ihrer verlorenen Jugend zu sorgen – und leisten mit einer Effektivierung ihres Verfassungsschutzes und vermehrter Polizeigewalt die nötige Überzeugungsarbeit. Womit denn auch sonst.

Occupy Wallstreet: Das Volk gegen die 1%-Übermacht der Wallstreet-Profiteure

Im vierten Jahr der globalen Finanzkrise finden sich – erst in New York, dann auch in anderen Städten der USA und Europas – Demonstranten im Protest gegen die Agenten und Institutionen zusammen, die sie für die Verursacher der großen Finanzkrise und ihrer Folgen halten: „*Occupy Wallstreet! Occupy Frankfurt!*“ heißt ihre Parole. Sie erklären, „die 99%“ und überhaupt „das Volk“ zu sein, „die große Mehrheit, die im Interesse von einem Prozent der Bevölkerung geschädigt“ wird, und halten das für eine „massive Ungerechtigkeit“. Weil sie den starken Verdacht haben, dass die schädliche Minderheit der Konzernherren und Finanzmanager ihre wirkliche und symbolische Heimstatt an den Finanzzentren der Welt hat, demonstrieren sie vor den Toren der örtlichen Börsen, schlagen Protestcamps auf und finden viel, meist durchaus wohlwollende Beachtung in den Medien.

*

Die demonstrative Ablehnung, mit der die Protestanten der „Macht der Banken“ entgegentreten, erweckt den Eindruck, sie hätten eine Vorstellung davon, wie das Geschäft mit Geld und Schulden bei ihnen und ihresgleichen Schäden anrichtet; aber dann liest sich

das Manifest ihrer Empörung doch ganz anders:

„Wir sind hier friedlich versammelt, wie es unser Recht ist, um folgende Tatsachen bekannt zu machen... Sie haben uns mit illegalen Zwangsvollstreckungsmaßnahmen unsre Häuser weggenommen, ohne über die Originalhypothek zu verfügen. Sie haben sich ungestraft vom Steuerzahler aufkaufen lassen, und geben ihren Managern nach wie vor exorbitante Bonuszahlungen... Sie haben Politikern, die dafür verantwortlich sind, sie zu regulieren, riesige Summen von Geld gewährt... Sie setzen die Ungleichheit und Diskriminierung am Arbeitsplatz fort, nach Alter, Hautfarbe, Geschlecht, Geschlechteridentität und sexueller Orientierung... Sie haben mit ihrer Fahrlässigkeit die Nahrungsmittelversorgung verseucht und die Landwirtschaft durch Monopolisierung untergraben. Sie haben Profit gemacht durch das Quälen, Einpferchen und die grausame Behandlung zahlloser Tiere, und diese Praktiken verbergen sie auch noch bewusst. Sie haben in ihrem Profitstreben absichtsvoll lebensgefährliche fehlerhafte Produkte nicht zurückgenommen... Sie versuchen fortwährend, Beschäftigte ihres Rechts auf Lohnverhandlungen und Verhandlungen zur Verbesserung ihrer Arbeits-

bedingungen zu berauben. Sie haben beständig Arbeitsplätze ins Ausland verlagert, und das als Hebel benützt, um Lohn und Gesundheitsvorsorge bei den Arbeitern zu kürzen... Sie haben unser Privatleben als Ware verkauft... Die Liste ließe sich beliebig erweitern...“ (Manifest, 2011)

Das ausdrücklich beliebig erweiterbare Verzeichnis der allgemeinen Beschwerden ist gar nicht so gefasst, dass damit ein sachlicher Zusammenhang zwischen den Umtrieben der Finanzwelt und den Beschwerdeführern hinsichtlich Art und Grund ihrer höchst unterschiedlichen Schädigung hergestellt wäre. Das nimmt aber in den Augen der Demonstranten ihrer Anklage nichts von ihrer Wucht. Die gewinnt sie offenbar vor allem daraus, dass die Liste der Übel samt und sonders den immer gleichen Übeltätern zur Last gelegt werden kann: In verbitterter Abwandlung des amerikanischen Verfassungsgrundsatzes, der dem Volk eine Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk verspricht, konstatieren sie hier und heute die geldmächtige Herrschaft „of the 1%, by the 1%, for the 1%“. Die Einträge im Beschwerdebuch der Demonstranten, die von Zwangsräumungen und Rassendiskriminierung, Nahrungs-

mittelverseuchung, Lohndrückerei, beklagenswert schlechter Produkthaftung, politischer Korruption und Tierquälerei handeln, lassen zwar bisweilen den Schluss auf die angegriffenen Finanzgeier von der Wallstreet als Akteure so mancher Schweinerei zu, an anderer Stelle wieder eher weniger.

*

Das ist aber nicht weiter von Bedeutung, wenn der öffentlich vorgetragene Ärger sich sowieso gar nicht gegen bestimmte Ursachen bestimmter Missstände richtet, die man deswegen gar nicht zu kennen braucht. Dass das Geschäftsgebaren der „Wallstreet“ und ihrer Agenten *irgendwie* zu den heutigen krisenhaften Zuständen in allen Lebensbereichen geführt hat, unterliegt nach vier Jahren Krise ohnehin keinem ernsthaften Zweifel, sodass sich nähere Aufklärung erübrigt. Ganz *getrennt* von den Ursachen der Drangsale, die die Mehrheit so vielfältig bedrücken, ist jetzt viel wichtiger, dass die Machenschaften einer finanziell machtvollen Minderheit *überhaupt jede Menge Betroffenheit* erzeugen, die der neuen Protestbewegung die nötige Einheit und politischen Schwung verleiht: Wachsen wird sie ganz von selbst, wenn es nur gelingt, noch mehr und möglichst viele *Fälle und Beispiele* ungerechtfertigter Benachteiligung als „*Tatsachen bekannt zu machen*“ und möglichst viele aus dem großen Lager der Unzufriedenen zu Aktivisten des Protestes.

Die – wortwörtlich zu nehmende – Gleichgültigkeit der politischen und ökonomischen Gründe, an denen so manches Lebensinteresse zuschanden wird, ist, so gesehen, geradezu die Erfolgsbedingung einer Bewegung, die jeden, der bei der Verfolgung eines Anliegens zu kurz gekommen ist, als geborenen Mitmacher eingemeindet und damit sich selbst als Bewegung des ganzen Volkes beweisen will: Der Materialismus eines Einzelnen und erst recht der Interessenkampf eines Subkollektivs gegen einen gemeinsamen Feind des eigenen Interesses wäre eine für die Bewegung insgesamt ganz unpassende und schädliche Aus- und Abgrenzung und ein Dementi der fiktiven Zusammengehörigkeit aller Betroffenen gegenüber allen anderen, für die die Einladung zum Mitprotestieren ebenfalls gilt. Die stützt sich deshalb eben nicht auf ein gemeinsames Interesse als Grundlage eines kollektiven Kampfes um dessen Durchsetzung, sondern auf eine *abstrakte Gemeinsamkeit*, nämlich auf die pure *Tatsache* einer Schädigung, welche die der Sache nach disparaten, wenn nicht sogar gegensätzlichen Ansprüche der diversen Geschädigten interesselos in sich aufnimmt, ohne einen von ihnen durchfechten zu wollen. Deswegen entnehmen die Aktivisten der Oc-

cupy-Bewegung der öffentlichen Besichtigung von Missständen auf ihrer nach oben offenen Betroffenheitsskala einfach nur eine Unzahl von Belegfällen für grobe Verstöße gegen all das, was der überwältigenden Mehrheit ungeachtet ihrer vielfältigen Interessenlagen und politischen Präferenzen eigentlich zukäme. Das fasst sich für sie in dem einen überragend wichtigen *Recht* des Volkes zusammen: dem Recht auf „*echte Demokratie*“, das ihm von der reichen, mächtigen Minderheit vorenthalten wird.

„*Als ein Volk, vereint, nehmen wir die Realität zur Kenntnis: dass die Zukunft des Menschengeschlechts die Kooperation ihrer Mitglieder verlangt; dass unser System unsere Rechte schützen muss, und angesichts der Korruption dieses Systems liegt es an den Individuen, ihre eigenen Rechte zu verteidigen und die ihrer Nachbarn; dass eine demokratische Regierung ihre gerechte Gewalt vom Volk erhält, aber die Wirtschaft nicht auf Zustimmung aus ist, wenn sie den Leuten und der Erde Reichtum abgewinnt; und dass keine echte Demokratie erreichbar ist, wenn ökonomische Gewalt diesen Prozess bestimmt. Wir richten uns an euch zu einer Zeit, in der Unternehmen, die den Profit über die Menschen stellen, Eigennutz über Gerechtigkeit und Unterdrückung über Gleichheit, unsere Regierungen bestimmen.*“ (Ebd.)

*

Die Leiden von Obdachlosen, Arbeitslosen und ausgebeuteten Arbeitern, Schwulen und Legehennen haben ihren letzten gemeinsamen Grund im Mangel an „*echter Demokratie*“. Der führt dazu, dass Regierungen von Unternehmen, die auf Profit scharf sind, bestimmt werden, und nicht – wie es sich gehört – selbst „*bestimmen*“, wie sie in Anwendung „*ihrer*

landplage.de

Marxistische Website

Jede Woche neue Artikel,
Veranstaltungshinweise
und Links

gerechten Gewalt“ die Leiden des Volkes lindern und die „*Zukunft des Menschengeschlechts*“ sicherstellen könnten. Der Profit, den „*die Wirtschaft*“ ohne deren Zustimmung den Betroffenen abgewinnt, ist in diesem mit biblischer Wucht daherkommenden Urteil zur Lage des „*Menschengeschlechts*“ keine ökonomische Bestimmung. Mit Erklärungen des Profits als Überschuss über einen Vorschuss, des-

sen kapitalistische Bewirtschaftung dem proletarischen Teil des Menschengeschlechts schon seit geraumer Zeit zu schaffen macht, gerade weil die Regierungen der kapitalistischen Nationen *mit dem Profit und für ihn als Lebensmittel ihrer Macht* regieren, haben die meisten Anhänger der Protestbewegung nichts am Hut. Für sie steht „*Profit*“ vielmehr als Metapher für ein aktuell völlig auf den Kopf gestelltes, ganz falsches *moralisches* Rangverhältnis: Der Profit wäre nämlich, wenn alles mit rechten Dingen im Sinne jener „*echten Demokratie*“ zugehe, die sich die Sympathisanten der Occupy-Bewegung zu der offenbar unechten, die es gibt, hinzu erfinden, eindeutig unter und nicht „*über den Menschen*“ zu stellen. Insofern gilt er ihnen als verwerfliche Triebkraft als schändliche *Gier*, die mit ihrem Egoismus die Nation in 99% Betroffene, also Gute, und 1% Profiteure, also Böse, teilt und all die inakzeptablen Folgen auf allen Feldern des gesellschaftlichen Zusammenlebens zeitigt, die sie *als* betroffene Staatsbürger und Menschen, Christen, Feministen und Vegetarier beklagen. Diese Schadensbilanz können sie sich im Lichte ihrer wertebasierten Analyse und in unerschütterlicher Zutraulichkeit gegenüber dem Beruf ihrer Regierungen gut damit erklären, dass die Agenten des Profits den gewählten Führern der Nation die demokratische Regierungsmacht über das Volk abgekauft haben, auf die das Volk ein Recht hat.

*

Deswegen ist „*echte Demokratie*“ und die Wiederherstellung „*unserer souveränen Kontrolle über das Land*“ das Ziel der Bewegung, die sich „*an alle Menschen in der Welt wendet*“, um sie zum Mitmachen aufzufordern und ihnen die *Methoden* zur Erreichung des Ziels mitzuteilen und vorzuleben:

„*An alle Menschen in der Welt: Wir, die New Yorker Generalversammlung, die die Wallstreet in Liberty Square besetzt hält, dringen in Euch, Euch auf Eure Macht zu besinnen. Übt Euer Recht aus, Euch friedlich zu versammeln, besetzt öffentliche Plätze, stoßt einen Prozess an, um die Probleme anzugehen, denen wir gegenüberstehen, und schafft Lösungen, die jedem zugänglich sind. Schließt Euch uns an und lasst Eure Stimme hören.*“ (Ebd.)

Weil ihr an „*Lösungen*“ für ihre vielen Probleme gelegen ist, die jeder verstehen und akzeptieren kann, stellt die Bewegung demonstrativ ihren un- und überparteilichen Charakter heraus, der sich in der Absage an die Teilnahme von Parteipolitikern bei ihren Kundgebungen ebenso niederschlägt wie in der Weigerung, sympathisierende Nähe zu der einen oder besondere Kritik an einer anderen Partei zu bekunden,

würde sie doch dadurch selbst zur „Partei“, deren Kritik sich nicht mehr auf die Vertretungsmacht für „die 99%“ berufen könnte. Die Demonstranten sind wild entschlossen, nicht nur die Disparatheit der Interessen, die sie in ihrem Beschwerde-katalog ausdrücken, in gemeinsamer „Betroffenheit“ zu ersäufen; sie wollen auch nicht wahrhaben – weil das gar nicht ihre Stoßrichtung ist –, dass ihr Protest immerhin ein Moment von ideeller Negation von Eigentum und Unternehmerfreiheit beinhaltet; und sie verstehen überhaupt nicht, warum die von oben nicht bestellte Einmischung einer Bürgerbewegung in die Verhältnisse von Geschäft und Politik zu ernsthaftem Ärger führen könnte, obwohl ihnen die bewaffnete Ordnungsmacht – trotz zunächst freundlicher Grußadressen aus Politikerkreisen – dies von Anfang an zu verstehen gibt. Sie betonen vielmehr die Rechtmäßigkeit und Friedlichkeit ihres Protestes, gehen überhaupt betont freundlich miteinander um, lassen sich die „Schönheit“ ihrer Bewegung von ebenfalls unparteiischen Prominenten bestätigen. Die Anhänger der Bewegung setzen voller Optimismus auf die Unwiderstehlichkeit ihres „Anstoßes“, den sie der Welt der Politik geben, wenn nur genug von der bislang so schweigenden Mehrheit bei ihnen mitmachen, ganz ungeachtet ihres Urteils, wonach heutige Politiker entweder gekauft oder Vertreter parteilicher Sonderinteressen sind.

Echte Demokratie, wie sie sie verstehen, wollen sie beispielgebend auch in ihren Aktionen vorführen, indem sie fortwährend abstimmen, alle Anliegen der unbedingten Einigkeit und Harmonie der Interessen unterordnen und ihnen so jede Bestimmtheit und Schärfe nehmen. So will die Bewegung ihre Sorge ums Gemeinwesen insgesamt glaubhaft als ihren Standpunkt vorführen und ihre konstruktiv-kritische Haltung zur beklagenswerten

Lage der Dinge, die niemand anders als dieses eine Prozent Agenten der *Wallstreet* zu verantworten hat. Gegen deren eigensüchtigen und ungerechtfertigten Einfluss muss der Primat der demokratischen Politik wieder hergestellt und damit die Heilung der gesellschaftlichen Schäden in Gang gebracht werden.

In dieser Zielvorgabe ist die Occupy-Bewegung sich ganz einig mit einer Mehrheitsfraktion der parteipolitischen Sprachregler und öffentlichen Krisenanalytiker, von denen sie in vier Jahren demokratischer Krisenerklärung das Wesentliche gelernt hat: Nicht der gewöhnliche Geschäftsgang bei der wachstumsförderlichen Vermehrung von Schulden bis zu dem Punkt, an dem sie nicht mehr als Kapital funktionieren, soll ja nach

doku.argudiss.de

Audio-Mitschnitte von
GEGENSTANDPUNKT-
Veranstaltungen zur Kritik am
demokratischen Staat, seiner
kapitalistischen Wirtschaft,
dem Imperialismus, der
bürgerlichen Gesellschaft und
ihrer Werte

herrschender Meinung zu dem heutigen Desaster geführt haben, sondern systemfremdes und -gefährdendes, waghalsiges finanzkapitalistisches Spekulantentum einer Minderheit von dubiosen Hasardeuren soll Häuschenbauer, grundgute produktive Kapitalisten und am Ende den Staat mit seinen soliden Anleihen so weit in die

Scheiße geritten haben, dass selbst der heute irgendwie ganz machtlos in der Landschaft steht.

Wie ein Echo auf diese, über die Jahre geringfügig variierte Ansage von oben tönt es aus den Reihen der Occupy-Bewegung zurück, wenn sie den vom Finanzkapital entmachteten Staat wieder in seine „souveränen“ demokratischen Rechte eingesetzt sehen will. Für ihre eigenen Lesarten haben Kanzlerinnen und andere Präsidenten aller Art schon immer ein offenes Ohr, sodass ihnen so viel Zustimmung von unten auch manches anerkennende Wort von oben herab an die Adresse dieser gutmütigen Bewegung wert ist.

Die sollte dann aber nach Auffassung der für die öffentliche Ordnung Zuständigen – der sich die schweigende Mehrheit im Lauf der Zeit anschließt – auch irgendwann wieder aufhören. Das tut ein großer Teil der Dauerdemonstranten auch, als das Wetter unfreundlicher und zu kalt zum Campieren wird, was allerdings die hartnäckig festgehaltene Behauptung der verbliebenen Demonstranten, sie seien auch weiterhin die betroffenen „99%“, zunehmend in Beweisnot und Misskredit bringt. Je länger sie an ihrem Protest festhalten, den ihnen ihr durchaus der Radikalisierung fähiger Rechtsstandpunkt eingibt, und je weniger sie werden, desto mehr wird ihnen dann auch am Ende ihre *Außenseiterstellung*, ein gewisser Hang zum radikal Sektiererischen und die Verschmutzung öffentlicher Plätze vorgehalten. Soweit die Aktivisten der Bewegung immer noch nicht freiwillig aufgeben, werden sie zu *Störern* erklärt und von der Polizei mehr oder weniger unsanft abgeräumt. Über so viel *souveräne Kontrolle über das Land* scheinen demokratische Politiker also gerade noch zu verfügen, dass sie sich ihre Unterstützer selber aussuchen können.

Gute Presse für Protestpartei: „Streng öffentlich!“ – Piraten machen aus Parteienverdrossenheit Wählerstimmen

Wenn die etablierten Meinungsmacher sich, Öffentlichkeit und Politik davor warnen, den Berliner Wahlerfolg der Piratenpartei „als Scherz am Rande abzutun“ (SZ, 20.9.11), – wenn sie im Gegenteil der *Protestpartei* einen ähnlichen Erfolg auf Bundesebene hochrechnen, der die Parteienlandschaft womöglich noch weiter aufsplittert, – wenn sie diesem „Haufen Spinner“ (SZ 20.9.) Ahnungslosigkeit in sämtlichen politisch brisanten Themen bescheinigen, – wenn sie überhaupt das Fehlen eines politischen Programms vermerken, – wenn sie

an den Neulingen die realpolitische Professionalität vermissen, – wenn sie ihnen einen utopischen Hang zur direkten Demokratie, wo jeder irgendwie mitbestimmen soll, nachsagen, – und wenn sie sogar davon reden, dass „die neue Bewegung nichts weniger als die Systemfrage stellt“, um „den Politikbetrieb in den kommenden fünf Jahren aufzumischen“ (Spiegel 39, 2011), dann ist daran nur eines ungewöhnlich: dass das alles gar nicht im Tonfall der Beschimpfung, sondern – und da präsentiert sich das Pressespektrum in seltenem Gleichklang – in dem des Wohl-

wollens, sogar *Beifalls* vorgebracht wird: Da „kann man nicht anders, als voller Respekt und ohne Ironie den Siegeszug dieser modernen politischen Bewegung zu rühmen“ (faz.net 29.9.). Wie kommen die Rebellen zu der Ehre?

Eher nicht wegen des Kampfs fürs freie Internet, der die Piraten bekannt gemacht hat. Vielmehr sind diese dabei, sich *Freiheit und Transparenz* in einem deutlich allgemeineren und politischen Sinn auf ihre Flaggen zu schreiben, wenn sie die etablierte Politik nicht nur der Gängelung

des Individuums im Netz bezichtigen, sondern ihr überhaupt vorwerfen, für den Bürger eine einzige Undurchsichtigkeit zu sein: „Im Moment spielt sich Politik doch irgendwo da oben ab“, sagt (der Pirat) Weisband, „das ist kein Zustand, der haltbar ist.“ (SZ, 6.10.11) Woraus man als Pirat folgert: „Also ging es darum, wie man Politik präsentiert. Die Partei lebt Transparenz vor. Das hat sehr viele Menschen begeistert. Die sind nicht politikverdrossen. Die sind parteiverdrossen.“ (Die Zeit, 29.9.) Jedenfalls will diese Protestpartei dem Land keinen geringeren Dienst erweisen, als „der Staatsverdrossenheit entgegenzuwirken“ (Piratenpartei, „Unsere Ziele“).

Und damit – „mit dem richtigen Thema zur rechten Zeit“ (SZ, 14.10.) – findet sie nicht nur Wähler, sondern eben auch Applaus von berufener Seite. Denn das Ideal der *Transparenz* politischer Machtaus-

kehrt sich ihnen das demokratische Idyll vom vertrauensvollen Miteinander im Gemeinwesen um in ein Gegeneinander von den Machern *da oben*, denen die *da unten* gleichgültig, teilnahmslos bis feindselig gegenüberstehen. Um diese *Politikverdrossenheit* der Bürger sorgen sich die Meinungsmacher seit geraumer Zeit, sie haben für ihre Brisanz mit der Figur des *Wutbürgers* einen Namen gefunden – und gratulieren nun den Piraten dazu, dass die den Missstand prompt in ihren Erfolg ummünzen. Sie sehen in ihnen den Partei gewordenen Beleg der Dringlichkeit ihres eigenen kritischen Bemühens um Mediation zwischen Volk und Führung.

Diese Stilblüte demokratischer Politik- kultur, dass man aus einem Überdruß an den Parteien schon wieder eine Partei zimmert, finden die Kommentatoren von daher völlig nahe liegend. Denn wenn man das verbreitete Misstrauen in die etablierte Politik dadurch in Vertrauen für sich umwandeln kann, dass man sich als Partei das Profil gibt, sich der Sanierung des brüchigen Verhältnisses anzunehmen, passt das gut zum Befund einer Parteienverdrossenheit, also einer allgemein kritischen Stellung zur herrschenden Politik, die soweit ohne jede Kritik an einem politischen *Inhalt* auskommt: „Mehr als gegen die Inhalte der anderen Parteien richten sich die Piraten gegen die Art und Weise, wie bislang Politik in Deutschland gemacht wurde.“ (Spiegel 39, 2011)

An die *inhaltslose Selbstkritik* der etablierten Parteien, die im Falle des Misserfolgs mit dem Versprechen vor den Wähler treten, dass sie daran arbeiten werden, ihr an sich richtiges Programm ihm in Zukunft besser rüberzubringen, also an diese selbst verordnete *Bürgernähe* als *Vermittlungsmethode* der politischen Agenda, hängen sich die Piraten dran, um aber die Bürgernähe selbst zum zentralen *Programminhalt* für sich zu machen.

Diese Eigentümlichkeit registrieren öffentliche Beobachter einerseits etwas befremdet: „Die Neuen wirken irgendwie aufregend, irgendwie frisch und irgendwie sympathisch. Aber was zum Kuckuck wollen diese Leute?“ (Spiegel 39, 2011) Andererseits weicht das Kopfschütteln darüber, dass diese Partei zu Finanzkrise und Afghanistan nichts zu vermelden hat, der Sympathie dafür, wie offen, locker und „undogmatisch“ die Neulinge sich ein paar Inhalte zusammenkratzen, indem sie die Programme der etablierten Parteien entern, dort ein paar Phrasen abstauben, um sie jeweils mit ihrer Forderung nach Transparenz aufzufrisieren. So fordern sie dann z.B. den „transparenten Umgang mit den natürlichen Ressourcen“.

Dass die Partei demnächst – „streng öffentlich“ – „ihr Themenspektrum schritt-

weise unter breiter Einbeziehung aller Mitglieder erweitert“ (Piratenpartei, „Unsere Ziele“), gilt dabei bereits als ganz neuer „Politikstil“. Gutgeschrieben wird der Protestpartei auch, dass sie auf das herkömmliche „Rechts-Links-Schema“ nichts gibt, weshalb die Presse Forderungen wie die nach einem bedingungslosen Grundeinkommen oder kostenlosem Nahverkehr gar nicht erst für links hält oder als Inhalt ernst nimmt. Sie findet das eher süß als den unbeholfenen (weil wirklichkeitsfremden) Versuch, überhaupt so etwas wie eine inhaltliche Position vorzuweisen. Mit Nachsicht werden auch Aufrufe wie „Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist abzuschaffen“ (Spiegel 39, 2011) zitiert, um großzügig über sie hinwegzugehen.

Wenn die Kommentare die Piraten gegen ihren Ruf von der bornierten „Ein-Themen-Partei“, nämlich „Internet-Partei“, verteidigen, zielt das also weniger darauf, dass man von dieser Partei thematisch noch einiges erwarten darf. Die Medien haben ihr vielmehr ein anderes Thema, einen höheren Auftrag zugeordnet, was sich die Piraten gern gefallen lassen: Kaum hat die Protestpartei einige, „die schon ins Reich der Nichtwähler geflüchtet waren“ (Spiegel 39, 2011), ins Reich der Wähler heimgeholt, wird sie für einen wertvollen Beitrag zur deutschen Politik gelobt, als „Auffangbecken für Aus-

GEGENSTANDPUNKT im Radio

Die wöchentliche Analyse des
Gegenstandspunkt-Verlags
immer montags ca. 18:40–19:00
Uhr auf

Radio LORA München,
UKW 92,4

übung gefällt der Presse, überhaupt den Profis der medialen Öffentlichkeit, gut. Die spüren die Nähe zu ihrem Geschäft, ist es doch ihr ureigenstes Ethos, den Bürger über Ansagen und Anliegen der politischen Mächtigen lückenlos zu informieren, was schon als Kontrolle der Macht gilt, und so seine Anteilnahme an den Drangsalen der Republik wach zu halten. Wo mündige Subjekte stets Einsicht in die Manöver ihrer Obrigkeit nehmen und diese sie ihnen schuldet und gewähren muss, sind deren Zumutungen an die Bürger – wenn offengelegt – schon kaum mehr Zumutungen; jedenfalls können die Gegensätze zwischen Regierten und Regierenden nicht grundsätzlicher und unüberbrückbarer Art sein, sondern vor allem eine Frage unzureichenden Informationsflusses, fehlender Transparenz eben.

So sehen es die Vertreter der medialen Gewalt. Das Misstrauen, dass die Politiker etwas verheimlichen und es überhaupt an der *Vermittlung* ihrer Politik fehlen lassen, gehört von daher zu ihrem Berufsstand. Wo es an dieser Transparenz mangelt,

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahreszeitschrift

Archiv der Zeitschrift
1-1992 bis 4-2006
auf CD-ROM

€ 40,-

ISBN: 978-3-929211-12-2

Für alle modernen Browser und
Betriebssysteme

GEGENSTANDPUNKT Verlag
Kirchenstr. 88, 81675 München
(089) 2721604
gegenstandspunkt@t-online.de
gegenstandspunkt.com

steiger“ (SZ, 14.10.), die sonstwohin abdriften könnten. Dass die Parteienverdrossenheit genau dadurch zu heilen ist, dass man eine Partei wählt, die die Parteienverdrossenheit auf der politischen Bühne *repräsentiert*, finden die Kommentatoren, wie gesagt, gar nicht sonderbar. Im Gegenteil: Etablierte Journalisten halten Leute, denen „die meisten Deutschen vor kurzem nicht mal ihren Dackel anvertraut“ (Spiegel 39, 2011) hät-

ten, auf einmal für sehr tauglich, das Vertrauen des Wählers (zurück)zugewinnen. Und zwar schlicht damit, dass sie eben *nicht etabliert* sind. Wo die Piraten selbst den Fingerzeig auf das Alter ihrer Konkurrenz schon für eine Kritik und die eigene Jugend für ein flottes Wahlargument halten, geben die Medien das positive Echo: Die Spezies des jungen, unverbrauchten, unkonventionellen und unprofessionellen Politnovizen erscheint ihnen gerade recht, das stark verkratzte Bild vom *glaubwürdigen* Politiker aufzupolieren. Realpolitischer Dilettantismus und sachpolitische Inkompetenz – sonst der Ruin politischer Glaubwürdigkeit – eignen sich hier mal bestens als Vertrauenswerbung.

*

Diese allgemein anerkannte *Eigenschaft* der Glaubwürdigkeit, die sehr vom Willen des Wählers abhängt, dem Gewählten zu vertrauen, setzt freilich voraus, dass der Wähler die Macht beim Repräsentanten abgeliefert und weiter nichts zu melden hat. Denn wieso müsste er ihm sonst immerzu glauben und vertrauen? Schließlich ist die damit unterstellte *Trennung* der politischen Macht von dem ihr unterworfenen Volk der Ausgangspunkt jeder gelungenen Vermittlung.

Diese Trennung liefert den Maßstab, ist sozusagen die Hardware der Politiktüchtigkeit, auf die hin die Piraten eben auch gemustert werden: Kaum sind sie für den neuen Schwung und Stil in der Mediation zwischen Volk und Führung gelobt worden, kriegen sie die Gretchenfrage serviert, wie sie es mit der *Souveränität* politischer Entscheidungsträger halten. Also wie ernst so Flausen von „*direkter Demokratie*“ und „*Jeder kann mitmachen, wann er will und wie er will*“ (faz.net 29.9.) gemeint sind. Die Antwort von einem Oberpiraten: „*Es geht nicht darum, dass jetzt jeder Bürger über jedes Thema abstimmt, das würde nicht funktionieren. Sondern darum, die repräsentative Demokratie um weitere partizipative Elemente zu erweitern. Die letztendliche Entscheidung wird trotzdem wieder von den Abgeordneten getroffen. Das ist auch in der Piratenpartei so.*“ (Pirat Nerz in: Die Zeit, 29.9.)

Das registriert die Presse einerseits mit Genugtuung, erster Reifetest quasi bestanden. Andererseits bleibt das Misstrauen, ob es diese Neulinge mit dem Öffentlichkeitsidealismus, der ihnen Wählerstimmen bringt, nicht doch etwas zu weit treiben: „*Werden die Piraten im Sinne der vollkommenen (!) Transparenz auch aus nicht öffentlichen Ausschusssitzungen bloggen? Da gibt es bei unterschiedlichen Leuten unterschiedliche Ansätze*“ wiegelt (der

Pirat) Meyer ab. So richtig auf Konfrontationskurs ist sie nicht, diese neue Protestpartei.“ (SZ, 20.9.)

So vertrauen die Kommentatoren darauf, dass die jungen Wilden, die inhaltlich sowieso mit nichts aus dem Ruder laufen, sich auch mit ihrem Politikstil den Sachgesetzen verantwortlicher demokratischer *Realpolitik* unterordnen werden. Für die Gelassenheit dieses Befunds spricht auch die ironische Prognose, dass dieselben Rebellen, die sie heute noch großzügig mit ihrer „betont unprofessionellen“ Art punkten lassen, morgen schon etabliert und weniger „sexy“ sein dürften: „*Sie*

scheint sich in Windeseile zu vollziehen, diese Metamorphose vom Netzrebell zum Staatsmann“ (SZ, 29.9.). Damit trägt die Frischzellenkur der Demokratie, für die sie die Piraten nominiert haben, bereits ihr Verfallsdatum in sich; das relativiert all die Komplimente für das Wie, letztlich zählt eben doch das *Was* der politischen Räson. In diesem Sinn folgt dem Dankeschön an die Politstylisten für die Brise „*frischer Wind, über den das Land sich freuen sollte*“, der spöttische Gruß: „*Den Piraten ansonsten ein herzliches Viel Spaß! in der Bezirksverordnetenversammlung*“ (SZ, 20.9.).

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

4-11

Neue Folgen der Überakkumulation im globalen Finanzsystem
**Fortschritte in der Krisenkonkurrenz
der Weltwirtschaftsmächte**

**Politik und Medien
agitieren für die staatliche Krisenpolitik**

Die neue Tea Party

Eine zweite amerikanische Revolution
für gesunde Verhältnisse im „Land of the Free“

Rupert Murdoch und der „phone-hacking scandal“:

**Von den skandalösen Leistungen
der Massenpresse in der Demokratie**

Das soziale Netzwerk Facebook

Die neue Heimat des bürgerlichen Individuums

Europäische Länderkunde: Die Slowakei
Von Papst Benedikt hätten wir uns mehr erwartet!
Piraten machen aus Parteienverdrossenheit Wählerstimmen
Unsichere Zuschussrente gegen sichere Altersarmut
Occupy-Wallstreet gegen die 1%-Übermacht der Profiteure
Das hat noch gefehlt: Die Studentenvertretung berät die Politik!
Deutschland entdeckt ein neues Terrorproblem von rechts

ISSN 0941-5831 100 Seiten € 15.–
Ab sofort im Buchhandel erhältlich

Bestellungen beim Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München
Tel (089) 272 16 04 Fax (089) 272 16 05
E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de Internet: www.gegenstandpunkt.com